

Zuckerl für Waldbesitzer

Mehr Geld vom Staat und ein Pakt gegen neue Schutzgebiete

München – Schon wieder ein Pakt. Am Freitag haben Ministerpräsident Horst Seehofer, Agrarminister Helmut Brunner, der Präsident des Bayerischen Bauernverbands, Walter Heidl, und der Vorsitzende des Waldbesitzerverbands, Sepp Spann, im unterfränkischen Gaibach einen „Pakt für den Privatwald“ geschlossen. „Die bayerischen Waldbesitzer und Waldbauern sind zentrale Akteure für ein lebens- und liebenswertes Bayern“, sagte Seehofer anlässlich der Unterzeichnung des sechsseitigen Papiers auf dem zweiten Waldtag mit Waldbesitzern aus ganz Bayern. „Sie leisten einen maßgeblichen Beitrag für das unverwechselbare Gesicht des Freistaats.“

Laut dem Pakt ist eine pauschale Flächenstilllegung nicht nachhaltig

Der neue Pakt soll den Waldbesitzern offenkundig die Sorge nehmen, ihre Wälder sollten in Zukunft sehr viel stärker für den Naturschutz herangezogen werden als bisher. So heißt es gleich zu Beginn, „eine pauschale Flächenstilllegung ist nicht nachhaltig“. Die bürokratische Formulierung besagt, dass der Freistaat der Forderung der Waldbauern nachkommt, keine weiteren Naturschutzgebiete oder gar einen neuen Nationalpark einzurichten wie den seit Langem geforderten Buchen-National-

park im Steigerwald. Damit verweigert sich die Staatsregierung weiter ihrer Verpflichtung nach der Artenschutzstrategie des Bundes, fünf Prozent des Walds in Bayern unter strikten Naturschutz zu stellen. Umweltverbände üben seit Langem massive Kritik an dieser Haltung. Derzeit stehen höchstens zwei Prozent des Walds in Bayern unter Naturschutz.

Zugleich stockt die Staatsregierung ihre finanziellen Hilfen für die Waldbesitzer und deren Zusammenschlüsse von bisher drei Millionen auf nun fünf Millionen Euro im Jahr auf. Die starke Subventionierung wurde in der Vergangenheit immer wieder kritisiert. Für den Förster und Bund-Naturschutz-Chef Hubert Weiger setzt sich damit der schleichende Rückzug des Freistaats aus der Forstwirtschaft fort. Denn zugleich werden in der staatlichen Forstverwaltung immer mehr Stellen abgebaut. „Da findet ein klassisches Outsourcing einer öffentlichen Aufgabe statt“, sagt Weiger. „Die Folgen davon trägt die Allgemeinheit, wenn der Wald nicht so in Ordnung ist wie er es sein sollte.“ Aber auch die kleinen und mittleren Holzhändler beklagen, dass sie durch die staatliche Stärkung der Waldbesitzervereinigungen zunehmend an den Rand gedrängt werden und um ihre Existenz kämpfen müssen. In Bayern gibt es ungefähr 700 000 Waldbesitzer. Ihnen gehören 1,5 Millionen von 2,5 Millionen Hektar Wald in Bayern.

cws

Süddeutsche Zeitung Bayernteil 3/4.08.13